

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: The Guardian - Atlantische Strömungen; Le Monde - Amerikanisch-europäische Differenzen; Le Combat - Gewinner im Nahen Osten; The Post - Die Politik Israels; The Financial Times - Ölkrise als Dauerzustand; The New York Times - Was für ein Jahr Europas!; The Economist - Chile nach Allende

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Blick in die Weltpresse: The Guardian - Atlantische Strömungen; Le Monde - Amerikanisch-europäische Differenzen; Le Combat - Gewinner im Nahen Osten; The Post - Die Politik Israels; The Financial Times - Ölkrise als Dauerzustand; The New York Times - Was für ein Jahr Europas!; The Economist - Chile nach Allende, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 11, pp. 610-611

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134615>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

The Guardian

Atlantische Strömungen

Manchester, 2. 11. 1973 (Peter Jenkins): Die USA und Europa waren sich im Hinblick auf den Nahen Osten fast niemals einig. Deshalb bedeutet es keine große Überraschung, daß die jetzige Krise fundamentale Schwächen und Mißverständnisse innerhalb der atlantischen Allianz enthüllt. Der Zeitpunkt der Krise hätte nicht schlechter sein können. Die Allianz mühte sich gerade qualvoll um die bisher gründlichste Neubewertung ihrer Substanz, die erweiterte Europäische Gemeinschaft befand sich gerade in ihren ersten Geburtswehen, und das Öl, schon immer ein Zankapfel der Machtpolitik im Nahen Osten, war auf Grund der Energiekrise noch begehrter geworden. Zusätzlich zu diesen Belastungen fiel der Höhepunkt der nahöstlichen Krise mit dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise in Washington zusammen.

Auf beiden Seiten des Atlantik hat die Nervenbelastung einen Schwall frustrierter Vorwürfe ausgelöst und für einige Wochen das Jahr Europas zu einem „*annus horrendus*“ für den Atlantik-Pakt gemacht. Doch darf man die Zukunft nicht nach dem Image eines durch die Präsidentschaftskrise gelähmten, am Rande der Hysterie taumelnden Washington beurteilen. Eine besonnenere Einschätzung der Situation wird sich bald durchsetzen.

Le Monde

Amerikanisch-europäische Differenzen

Paris, 28. 10. 1973: Die Differenzen zwischen Europa und den USA über den arabisch-israelischen Konflikt berühren weniger formale, sondern mehr fundamentale Probleme. Der Nahe Osten liegt vor Europas Tür, und die europäischen Interessen in diesem Gebiet sind mit den amerikanischen nicht identisch. Für die USA ist das arabische Öl zwar wichtig, für Europa jedoch lebensnotwendig.

Auf die Gefahr hin, sich zu wiederholen, kann man nicht oft genug darauf hinweisen, daß im Hinblick auf die Beziehungen der USA zu der übrigen Welt – in einer Krise, in Krieg oder Frieden – Europa, um respektiert zu werden, zunächst einmal überleben muß. Die kommenden Gipfeltreffen werden den Herren Pompidou, Heath und Brandt Gelegenheit dazu bieten, über diese grundlegende Tatsache nachzudenken und endlich den Entschluß zu fassen, Europa mit leistungsfähigen Institutionen auszustatten. Regelmäßige Beratungen eines ausschließlich aus Staats- oder Regierungschefs bestehenden „europäischen Kabinetts“, wie sie der französische Staatspräsident und der britische Premierminister vorgeschlagen haben, könnten einen Anfang bedeuten.

Le Combat

Gewinner im Nahen Osten

Paris, 2. 11. 1973: Die Nacht senkt sich über einen terrorisierten und demoralisierten Nahen Osten. Um einen Präzedenzfall dieser Krise der arabischen Welt zu finden, müßte man bis zum Mittelalter, zu den Tagen der mongolischen Invasion zurückgehen.

Das einzige Land jedoch, das aus diesen Ereignissen Vorteile ziehen konnte, das einzige Land auch, dem sie Aussichten auf einen Gewinn an Macht und Wohlstand eröffneten, ist die Sowjetunion... Wann werden die Ägypter, Libanesen und Iraker einsehen, daß der Kreml mit ihnen spielt wie die Katze mit der Maus? Wann werden sie erkennen, daß sie die Opfer einer ehrgeizigen, unerbittlich realistischen Macht sind?

THE POST

Die Politik Israels

Jerusalem, 30. 10. 1973: Israel muß sich gegenüber den amerikanischen Interessen im Hinblick auf die arabischen Staaten und die Sowjetunion flexibel zeigen. Die USA ihrerseits müssen jedoch die Tatsache akzeptieren, daß es vitale Interessen gibt, gegen die Israel weder verstoßen kann noch will. Das erfordert geschickte Diplomatie, vor allem aber

gegenseitiges Vertrauen, Beständigkeit und enge Kontakte auf höchster Ebene... Die amerikanische Unterstützung Israels war durchschlagend und schnell. Washington sieht in Israel nicht nur einen Klienten, sondern auch einen Alliierten. Die Aktionen der USA müssen für immer auf dem amerikanischen Interesse an einem starken Israel, das sich selbst verteidigen kann, basieren. Die Differenzen mit Washington, die im Zusammenhang mit der Feuereinstellung entstanden sind und noch wachsen können, wenn sich die politischen Manöver intensivieren, dürfen niemals die fundamentale Gemeinsamkeit der Interessen überschatten.

THE FINANCIAL TIMES

Ölkrise als Dauerzustand

London, 27. 10. 1973: Die Ölkrise wurde nicht durch die letzten Ereignisse im Nahen Osten, sondern durch mehrjährige Entwicklungen in den wichtigsten Verbraucherländern verursacht. Verbrauchsvoraussagen, zunächst in Japan und kürzlich auch in den USA und den EG, zeigten, daß trendmäßig der Verbrauch alle wahrscheinlichen Neuentdeckungen überholen wird. Aus Furcht vor der zukünftigen Mangellage befinden sich die Hauptabnehmer in einer sehr schwachen Verhandlungsposition. Gleichermaßen hat die Aussicht auf einen gesicherten Absatz die Aufmerksamkeit der Lieferländer vom augenblicklichen Wettbewerb hinweg auf die langfristige Zukunft gelenkt. Der Preismechanismus wirkt sich hier langfristig als klassischer Allokationsfaktor aus. Das Interesse sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten verlangt eine Einschränkung des Ölverbrauchs, wo er nicht unbedingt notwendig ist, um die Verfügbarkeit von Öl, dort wo langfristig notwendig, sicherzustellen.

THE NEW YORK TIMES

Was für ein Jahr Europas!

New York, 2. 11. 1973: Was die Amerikaner sich als das „Jahr Europas“ vorstellten — eine Periode phantasiereicher Neugestaltung des NATO-Bündnisses, gekrönt von einer neuen Atlantik-Charta — ist statt dessen zu einem Jahr geworden, in dem Washingtons Beziehungen zu seinen europäischen Partnern den bisher tiefsten Punkt erreichten. Die meisten NATO-Partner hatten im voraus, privat oder offiziell, klargelegt, daß sie entweder Washingtons Beurteilung der Lage nicht teilten oder daß sie es sich nicht leisten konnten, eine Haltung einzunehmen, die sie vom Zustrom arabischen Öls abschneiden könnte. Mr. Nixon selbst hatte darauf hingewiesen, daß dieses Öl für Westeuropa viel lebenswichtiger ist als für die USA.

Abgesehen von dem Wunsch, in dem arabisch-israelischen Konflikt offiziell neutral zu bleiben, waren die alliierten Regierungen darüber empört, daß sie wieder einmal zur Unterstützung einer amerikanischen Politik aufgefordert wurden, zu der sie nicht konsultiert worden waren. Diese Erbitterung wuchs noch, als Washington sie nicht im voraus von seinem weltweiten Alarm unterrichtete, der offensichtlich alle mit den USA alliierten Länder, und besonders diejenigen mit amerikanischen Militärbasen, in Mitleidenschaft zog.

The Economist

Chile nach Allende

London, 13.—19. 10. 1973: Einige Berichte über Massenerschießungen und nächtliche Blutrache in Chile, die die Außenwelt erreichten, sind übertrieben, einige sind vermutlich sogar erlogen. Andere aber sind es nicht! Es genügt einfach nicht, wenn die Junta sie durch ihren Pressesprecher mit einem Achselzucken als morbide Einbildung „journalistischer Draculas“ abtut, die um Leichenhallen herumschleichen, obwohl sie sich doch an der Bar des Carrera-Hoteis stärken könnten. Die Gleichgültigkeit der Junta gegenüber der öffentlichen Meinung des Auslands gehört zu den Dingen, die denen Sorgen bereiten, nach deren Ansicht der Staatsstreich gegen das Regime Allendes berechtigt war.

Die Junta hat noch immer nicht die Dokumente veröffentlicht... von denen sie behauptet, daß sie einen beabsichtigten Putsch der Linken beweisen, der am 17. September mit der Ermordung führender Offiziere und Politiker beginnen sollte. In den vergangenen Wochen ist jedoch noch anderes Beweismaterial dafür aufgetaucht, daß Extremisten in der Regierung Allende einen Aufstand planten, um „die Revolution zu vollenden“. Zweifelhaft ist nur, ob danach Dr. Allende bereit gewesen wäre, die Rolle Lenins oder Kerenskis zu spielen... Fest steht jedoch, daß Allende in den letzten Wochen seines Regimes ein sehr gefährliches Spiel wagte.

Jetzt muß abgewartet werden, ob General Pinochet und seine Kollegen das Land regieren können und dabei die Werte respektieren, zu deren Verteidigung sie nach Ansicht der liberalen Gegner Allendes angetreten waren. Schlimm ist nur, daß das Land bereits zu entzweit und durch einen bewaffneten Konflikt zu schwer bedroht sein könnte, um der Junta ein baldige Rückkehr zur Demokratie schmackhaft machen zu können. Sie sollte jedoch auf alle Fälle ihren gegenwärtigen Kurs neu überdenken... denn es wäre tragisch, wenn die Ereignisse nur auf einen typisch lateinamerikanischen Putsch hinauslaufen würden.